

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

01.06.2023

# Inhalt

## EWN

- 1 | **Polen plant zweites Atomkraftwerk**  
*Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 01.06.2023* ..... 3
- 2 | **Sorge nicht nur um Saporischschja: Ukraine setzt auf Atomkraft – und erntet nun Widerstand**  
*fr.de (Frankfurter Rundschau), 01.06.2023* ..... 5

## Polen plant zweites Atomkraftwerk

*Krieg, Klimawandel, Wahlkampf: Die polnische Entscheidung für Kernkraft steht in einer komplizierten Gemengelage - lokal, national und global.*

**Warschau.** Es war eine Meldung, die in den vergangenen Tagen zumindest in Polen aufhorchen ließ: In der westukrainischen Stadt Chmelnyzkyj wurde offenbar ein Waffenlager angegriffen, das dann explodierte. Danach schossen Spekulationen ins Kraut. Was für Waffen könnten dort gelagert werden? Denn im Nachhinein wurde über eine deutlich erhöhte radioaktive Strahlung spekuliert, angeblich auch in Polen.

Sowohl ukrainischen und polnischen Behörden zufolge wurde allerdings keine ungewöhnliche Strahlung festgestellt. Ältere Messdaten bestätigen dies. Als Grund für einen allenfalls leichten Anstieg nennen Forscher und die Aufsichtsbehörde in Polen Regenfälle. Kremlnahe und staatliche russische Medien sowie Influencer behaupteten kurz nach dem Vorfall in Chmelnyzkyj, eine „radioaktive Wolke“ ziehe von der Ukraine nach Westen. Die mutmaßliche Motivation dahinter: der Ukraine zu unterstellen, in Chmelnyzkyj sei Uranmunition gelagert worden.

Der russische Überfall auf die Ukraine hat starken Einfluss auf den direkten Nachbarn Polen. Und so beeinflusst er auch die Bewertung der Entscheidung Polens, in Zukunft auf Atomkraft zu setzen. Auch wenn Meldungen über die Gefahren, die von Atomkraft oder Radioaktivität ausgehen, derzeit wenig Einfluss haben – zumindest auf nationaler Ebene. Die amtierende PiS-geführte Regierung setzt jedenfalls weiter voll auf den Neubau von Atomreaktoren und verweist dabei wiederum auf Argumente, die von ansonsten dezidierten Atomkraftgegnern auch von jenseits der polnischen Westgrenze vorgebracht werden.

### Atomkraft als Beitrag Polens zum Klimaschutz

Unter anderem wird Klimaschutz – konkreter: der Ausstieg aus der Braunkohle – ins Feld geführt: „Die Braunkohle wird Geschichte werden. Das ist ein logischer Prozess“, sagte Jacek Sasin, stellvertretender polnischer Ministerpräsident, noch Mitte April „Unser Energiemix soll aus Atomkraft und Erneuerbaren Energien bestehen.“ Atomkraft also auch als „saubere Al-

ternative“ zum „dreieckigen Kohlestrom“, mit dem Polen ansonsten auch die Klimaziele der EU oder des Pariser Klimaabkommens niemals erreichen könnte.

Das Land gewinnt bisher 80 Prozent des Stroms aus Kohle. Bis zum Februar 2022, dem Beginn des russischen Angriffskrieges, kam rund 60 Prozent der importierten Kohle aus Russland. Damit wird klar, dass die Frage nach der zukünftigen Energieversorgung auch eine Frage der Sicherheit des Landes ist. Gerade das Element der energiepolitischen Unabhängigkeit von Russland ist dann auch ein Hauptgrund, weshalb die Zustimmung in der Bevölkerung hoch und konstant ist.

Auch die derzeitigen Oppositionsparteien, allen voran die PO (Platforma Obywatelska, Bürgerplattform), die bis 2015 in Vorgängerformationen mitregierte, setzte schon auf Atomplanungen.

Mittlerweile laufen Planungen für bereits zwei neue Atommeiler. Zusammen mit dem US-Konzern Westinghouse soll ein AKW bis 2033 in Choczewo bei Danzig an der Ostseeküste in Betrieb gehen. Dieses Vorhaben wurde im November 2022 finalisiert.

### Neuerdings ist sogar ein zweites Kraftwerk geplant

Und nicht einmal ein halbes Jahr später wurde das nächste Atomkraftwerk in die Spur gebracht. In Patnów, einem Teil von Konin, wo bereits Kraftwerke stehen, soll mithilfe des Unternehmens „Korea Hydro & Nuclear Power“ ein weiteres Atomkraftwerk errichtet werden. Mit den USA und Südkorea setzt Polen nicht nur bei der Energieversorgung auf diese Partnerstaaten – auch bei der großangelegten Modernisierung der polnischen Armee, die auf dem Weg zur größten und schlagkräftigsten der gesamten EU ist, setzt Warschau vor allem bei Rüstungsvorhaben auf US-amerikanische sowie südkoreanische Unternehmen und Waffensysteme.

Widerstand gegen die beiden Projekte gibt es vor allem auf lokaler Ebene vor Ort sowie international. Gerade auf deutscher Seite werden immer wieder Bedenken geäußert. Dabei ist es nicht nur die Sorge vor Unfällen, deren Folgen nicht an Landesgrenzen enden – eine Debatte, die in Bezug auf französische AKWs nur kurz westlich des Rheins meist nicht so laut geführt wird –, sondern auch die grundsätzlich andere Ausrichtung der Energiepolitik.

Das Vorhaben in Patnów wurde just in dem Moment finalisiert, als in Deutschland die letzten Atommeiler endgültig vom Netz gegangen sind. Allerdings regiert man auf Berliner Belehrungen in Sachen Energieversorgung in Warschau nicht nur traditionell reserviert, auch die Nord-Stream-2-Geschichte inklusive der Vor-

gänge um die Klimastiftung MV sowie um die Sprengungen im vergangenen Jahr haben das deutsch-polnische Verhältnis auch in Energiefragen weiter abkühlen lassen.

Ironie der Geschichte: Während die Polen heute mehrheitlich aufgeschlossen gegenüber Atomkraft eingestellt sind, sah es in den 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts ganz anders aus.

Damals sollte schon einmal ein Atomkraftwerk bei Choczewo gebaut werden – allerdings eines aus sowjetischer Produktion, was spätestens seit den Ereignissen von Tschernobyl als nicht mehr durchsetzbar galt und sich nach der Wende von 1989 schnell erledigt hatte.

fr.de (Frankfurter Rundschau) | 01.06.2023

Joachim Wille

WEBLINK

## Sorge nicht nur um Saporischschja: Ukraine setzt auf Atomkraft – und erntet nun Widerstand

*Die Regierung in Kiew setzt weiter auf Atomkraft. Eine NGO fordert nun ein Umdenken von Selenskyj und Co.*

**Kiew/Frankfurt** - Die Ukraine hat 1986 den Super-GAU von Tschernobyl erlebt, der weiten Regionen in Europa nuklearen Fallout bescherte. Aktuell zeigt die Situation am AKW Saporischschja im umkämpften Südosten des Landes, welche Gefahren mit der Atomkraft verbunden sind. Trotzdem will die Regierung in Kiew auch nach einem Ende des Krieges an der Technologie festhalten und neue Reaktoren bauen.

Doch dagegen regt sich Widerstand. Die Öko-NGO „Razom We Stand“ (Wir stehen zusammen) forderte jetzt, die nukleare Stromerzeugung bis 2050 durch alternative Energiequellen zu ersetzen. Dies sei ohne wesentliche Mehrkosten machbar.

In der Ukraine existieren an vier Standorten 15 Reaktorblöcke russischer Bauart. Sie produzierten 2020 gut 52 Prozent des im Land verbrauchten Stroms. Damit hatte die Ukraine einen der höchsten AKW-Anteile in der Versorgung weltweit. Das AKW Saporischschja, mit sechs Reaktoren und 5700 Megawatt Leistung das größte AKW Europas, ist abgeschaltet, seitdem Russen und Ukrainer in der Nähe kämpfen. Vor einer Woche war es zum siebten Mal seit Beginn des Krieges vom nationalen Stromnetz abgeschnitten, weswegen die für die Reaktorkühlung weiterhin benötigte Energie erneut über Notstrom-Generatoren bezogen werden musste. Die anderen Anlagen im Norden und im Zentrum des Landes produzieren weiter Strom.

### Ukraine und die Atomkraft: Weitere Reaktoren werden geplant

Die Regierung in Kiew plant, den Anteil der Atomkraft an der Stromversorgung auch längerfristig bei fünfzig Prozent zu halten. Dazu müssten die ursprünglich geplanten Laufzeiten der existierenden AKW, die 2025 bis 2030 enden, verlängert und dann auch neue Reaktoren gebaut werden. Die erneuerbaren Energien, die derzeit rund zehn Prozent ausmachen, sollen dann ebenfalls rund fünfzig Prozent liefern, wie Energieminister Herman Haluschtschenko unlängst bei einem Be-

such von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) in Kiew sagte. Kohle- und Gaskraftwerke sollen nach und nach abgeschaltet werden.

Die NGO „Razom We Stand“ verweist nun auf eine neue Untersuchung des Instituts für Wirtschaft und Prognosen der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine zum zukünftigen Strommix im Land mit Blick auf das Ziel, bis 2050 die CO<sub>2</sub>-Emissionen auf null senken. Titel: „Wie sieht die Zukunft der Kernenergie in der Ukraine aus?“ Darin wird betont, dass die Stromerzeugung aus neuen Atomkraftwerken ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den billiger werdenden Öko-Energien verlieren werde – unter anderem wegen der hohen Kapitalkosten, der langen Bauzeiten und des Kostenanstiegs, wie er sich zuletzt bei AKW-Neubauten in Frankreich und Finnland gezeigt hat.

### NGO warnt Ukraine-Regierung: „Kernenergie ist geopolitische Waffe“

In der Studie heißt es: Werde der Bau neuer großer Kernkraftwerke beschränkt, werde dies keinen Einfluss auf die wirtschaftlichen Wachstumsraten haben. Der Bau neuartiger, derzeit noch nicht serienreifer Klein-Reaktoren wiederum, wie er von der Regierung in Kiew favorisiert wird, könne die Kosten für die Dekarbonisierung des Energiesystems auch unter optimistischen Annahmen nur um 0,2 Prozent senken. Zudem müssten mögliche Sicherheitsprobleme der AKW-Technologie und langfristige Umweltfolgen bedacht werden. Studien-Autor Oleksandr Diatschuk resümiert: „Selbst unter den Bedingungen eines optimistischen Szenarios der wirtschaftlichen Erholung der Ukraine gibt es ein ausreichendes Potenzial an erneuerbaren Energiequellen, um unseren eigenen Bedarf zu decken.“

Seit März letzten Jahres stellt sich jede ukrainische Familie die Frage, ob das Verstecken im Keller uns vor einer Explosion im Kernkraftwerk Saporischschja retten

wird. Razom-We-Stand-Direktorin Switlana Romanko

Die Direktorin von „Razom We Stand“, Switlana Romanko, kritisierte, politische und wirtschaftliche Eliten versuchten auch in der Ukraine, die Lebensdauer der Atomindustrie zu verlängern, ihr öffentliche Investitionen zuzuführen und einen Übergang zu sauberer Energie zu verzögern. Dazu würden auch unerprobte Lösungen wie die „Kleinen Modularen Reaktoren“ (SMR) gepusht. „Wie fossile Brennstoffe ist auch die Kernenergie eine geopolitische Waffe und eine Gefahrenquelle. Seit März letzten Jahres stellt sich jede ukrainische Familie die Frage, ob das Verstecken im Keller uns vor einer Explosion im Kernkraftwerk Saporischja retten wird.“ Um eine echte Energiewende zu erreichen „und Diktatoren zu entwaffnen“, müssten öffentliche und private Investitionen in erneuerbare En-

ergien und kleine dezentrale Erzeugungsanlagen gelenkt werden, sagte Romanko.

Die Potenziale für Erneuerbare sind nach Angaben von Fachleuten in der Ukraine groß. Eine Untersuchung der finnischen Lappeenranta University of Technology von 2017 zeigte, dass bereits 2035 rund 90 Prozent des Strombedarfs mit Wind, Sonne, Wasser, Biomasse und Geothermie gedeckt werden könnten. In diesem Szenario nahm das Forschungsteam an, dass die AKW sukzessive abgeschaltet werden, der letzte Block aber noch bis in die zweite Hälfte der 2040er Jahre am Netz bleibt. Das gebe dem Staatsunternehmen Energoatom die Zeit, die entsprechenden Rücklagen für den späteren Rückbau der Reaktoren und die Depositionierung der radioaktiven Abfälle zu bilden.